Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 25. Februar 2014
Ausgabe 038
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› Vollversammlung: Mitschnitte jetzt online 3
› Stückgutgelände Pasing: Wettbewerbsergebnisse werden ausgestellt 3
› Info-Stellen im Rathaus wegen Malerarbeiten geschlossen 3
› Kunst und Kultur für Respekt: Lesung und Diskussion mit Friedrich Ani 3
› „Der achte Wochentag“ im Filmmuseum 4
› Münchner Hoagartn in Trudering 5
Antworten auf Stadtratsanfragen **6**

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 26. Februar, 11 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Pressegespräch zum Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in München mit Bürgermeisterin Christine Strobl, Oswald Utz, städtischer Behindertenbeauftragter, Johannes Messerschmid vom Vorstand des Behindertenbeirats der Landeshauptstadt München, und Thomas Bannasch, Amt für Soziale Sicherung im Sozialreferat. Inklusion verlangt, die gesellschaftlichen Strukturen so zu verändern, dass Menschen mit Behinderungen unmittelbar und selbstverständlich dazugehören. Der Aktionsplan enthält 47 von den Referaten der Stadtverwaltung ausgearbeitete, konkrete inklusionsfördernde Maßnahmen aus allen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Arbeit, Bauen, Verkehr, Kultur oder soziale Sicherung und kann daher als Meilenstein auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtgesellschaft bezeichnet werden.

Mittwoch, 26. Februar, 17 Uhr, Ratstrinkstube
Empfang der siegreichen Mannschaften der 29. Münchner Stadtmeisterschaft im Jugend-Hallenfußballturnier 2013. Stadträtin Verena Dietl empfängt in Vertretung von Oberbürgermeister Christian Ude die sieben Siegermannschaften der U 9 bis U 19- Junioren und Juniorinnen und lädt zu einem feierlichen Abendessen ein.

Freitag, 28. Februar, 18 Uhr, Kino im Gasteig, Rosenheimer Straße 5
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht bei der Kinopräsentation mit Preisverleihung des ersten internationalen Poesiefilmfests „Goethe goes Video". Junge Menschen und junge Dichterinnen und Dichter aus aller Welt waren dabei aufgerufen, Gedichte zu verfilmen. Das Festival wird veranstaltet auf Initiative der Hochschule „die medienakademie" (University of Applied Sciences) in Kooperation mit dem Goethe-Institut, der Münchner Volkshochschule, dem Lyrik-Kabinett und dem Verlag der Zeitschrift „Das Gedicht". Informationen unter *www.goethegoesvideo.de*.

Meldungen

Vollversammlung: Mitschnitte jetzt online
(25.2.2014) Wer die letzte Live-Stream-Übertragung der Vollversammlung am vergangenen Mittwoch verpasst hat, kann jetzt wieder die Mitschnitte der einzelnen Tagesordnungspunkte unter *muenchen.de/stadrat-live* in der Mediathek ansehen. Themen, die diesmal diskutiert und entschieden wurden, waren unter anderem die Solidaritätsbekundung mit der Bevölkerung der Partnerstadt Kiew sowie zahlreiche wohnungspolitische Themen wie etwa das weitere Vorgehen bei den städtischen Gebäuden Müllerstraße 2 bis 6 und Pilotystraße 8. Nächste Vollversammlung ist am 19. März.

Stückgutgelände Pasing: Wettbewerbsergebnisse werden ausgestellt
(25.2.2014) Die Wettbewerbsentwürfe aller *zehn Büros, die am Wettbewerb teilgenommen haben, werden vom 26. Februar bis zum 7. März, jeweils Montag bis Freitag, von 9 Uhr bis 17 Uhr im Servicezentrum der Lokalbaukommission, Blumenstraße 19*, ausgestellt. (Die Ausstellungsdaten wurden in der Rathaus Umschau vom 19. Februar leider falsch angegeben.) Der Eintritt ist frei. Die Ausstellung wird heute um 18 Uhr durch Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk eröffnet.

Info-Stellen im Rathaus wegen Malerarbeiten geschlossen
(25.2.2014) Die Stadt-Information im Rathaus mit der Touristeninformation und der Verkaufsstelle von München Ticket bleibt am Rosenmontag und Faschingsdienstag, 3. und 4. März, wegen Malerarbeiten geschlossen. Touristeninformation und München Ticket haben ab Aschermittwoch, 5. März, wieder regulär geöffnet. Die Stadt-Information bleibt auch am Aschermittwoch noch geschlossen. Sie nimmt am Donnerstag, 6. März, wieder den regulären Betrieb auf.

Kunst und Kultur für Respekt: Lesung und Diskussion mit Friedrich Ani
(25.2.2014) Münchens Kunst- und Kultureinrichtungen machen sich stark für ein friedvolles Zusammenleben vieler unterschiedlicher Menschen in der Stadt. Mehr als 30 Münchner Theater, Orchester, Museen, Bildungseinrichtungen sowie Künstlerinnen und Künstler haben sich in der Initiative „Kunst und Kultur für Respekt“ zusammengeschlossen, um gemeinsam und in Zusammenarbeit mit der städtischen Fachstelle gegen Rechtsextre-

mismus gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aufzutreten.
Im Rahmen der zahlreichen Einzelveranstaltungen liest am Freitag, 28. Februar, um 19.30 Uhr im Ebenböckhaus in Pasing, Ebenböckstraße 11, der Schriftsteller Friedrich Ani aus seinem Kriminalroman „M". Im Anschluss daran findet eine Diskussion mit dem Autor sowie der Rechtsanwältin Angelika Lex statt, die auch Hinterbliebene eines Münchner NSU-Opfers vertritt. Die Moderation übernimmt Dr. Miriam Heigl von der Fachstelle gegen Rechtsextremismus.
Die Handlung des Kriminalromans „M" spielt in München. Die Journalistin Mia Bischof beauftragt eine Privatdetektei, nach ihrem vermissten Freund zu suchen. Sie kennt ihn noch nicht so lange, scheint sehr verliebt, aber einen wirklich verzweifelten Eindruck macht sie nicht. Tabor Süden und seine Kanzlei-Kollegen sind misstrauisch, die Angaben von Mia Bischof sind seltsam und wirr. Bis schließlich ein Hinweis kommt, dass der Vermisste Kontakt zu Neonazis hatte.
Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Pasinger Fabrik GmbH mit der Fachstelle gegen Rechtsextremismus der Landeshauptstadt München und der Münchner Stadtbibliothek. Der Eintritt ist frei. Es gilt jedoch ein Einlassvorbehalt: Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen.

„Der achte Wochentag" im Filmmuseum

(25.2.2014) In Erinnerung an den polnischen Schriftsteller und Drehbuchautor Marek Hlasko, der vor 80 Jahren am 14. Januar 1934 geboren wurde, zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, in der Reihe „Open Scene" am Donnerstag, 27. Februar, um 19 Uhr den Spielfilm „Der achte Wochentag" (1958) von Aleksander Ford, der auf Hlaskos Novelle beruht. Die Hauptdarstellerin Sonja Ziemann ist zu Gast.
„Der achte Wochentag" (BRD/Polen 1958, 84 Minuten), bei dem Marek Hlasko gemeinsam mit Aleksander Ford das Drehbuch schrieb, erzählt die pessimistische Liebesgeschichte eines jungen Paares im Polen der 1950-er Jahre. Eigentlich suchen die beiden Liebenden nur einen Platz für ein ungestörtes Zusammensein. Was sie jedoch vorfinden, ist eine Welt voller Lärm, Erbitterung, Elend, Unglück, Bosheit und Ungerechtigkeit. Kann die Liebe sich in der grausamen und unerbittlichen Welt, in der sie leben, überhaupt entfalten? Die materielle und seelische Erbärmlichkeit ihrer Umwelt wird den beiden nach und nach bewusst. Die polnisch-deutsche Koproduk-

tion ist für die Zeit ihrer Entstehung ungewöhnlich pessimistisch angelegt und in Farbe und Schwarzweiß gedreht.
Berlin, München, Paris, Israel, Sizilien und Hollywood sind Stationen des ungewollten Exils von Marek Hlasko (1934 bis 1969). Der zu Beginn des Tauwetters von der polnischen Jugend als Idol gefeierte Schriftsteller findet sich als „enfant terrible" in der westlichen Welt nur schlecht zurecht, was sich in vielen seiner literarischen Werke ausdrückt. Von 1962 bis 1969 war er mit Sonja Ziemann verheiratet.
Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

Münchner Hoagartn in Trudering

(25.2.2014) Das Kulturreferat der Stadt München lädt am Freitag, 28. Februar, um 19 Uhr zu einem Hoagartn in der Gaststätte „Obermaier" in der Truderinger Straße 306 ein. Unter der Leitung von Ulrike Zöller haben sich zum Singen und Musizieren bereits angekündigt: De Vazupft'n, die Bogenhauser Sängerinnen, Ingrid Fladerer (Harfe), das Hofzogler Zithertrio.
Der Münchner Hoagartn ist ein monatliches offenes Sänger- und Musikanten-Treffen, bei dem die teilnehmenden Gruppen nicht ausgewählt oder bestellt sind, sondern sich selbst melden. Die Veranstaltungsorte variieren, die Hoagartn finden jeweils mit Bewirtung in einem anderen Stadtteil statt. Es wird gemeinsam gesungen, musiziert und sich unterhalten.
Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen, Saalöffnung ab 18 Uhr, Platzreservierungen können leider nicht vorgenommen werden. Nähere Informationen unter *www.muenchen.de/volkskultur*.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 25. Februar 2014

Hilfen für Alleinerziehende besser strukturieren
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter, Marian Offman und Josef Schmid (CSU) vom 6.9.2013

ÖPNV II
Kostenlose ÖPNV-Nutzung für Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 21.11.2013

Gasteig-Ausstellung „Ja, Kinder, es ist Krieg ...! zum Ersten Weltkrieg in München in den Stadtbezirken/Stadtteil-Kulturhäusern zeigen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Dr. Georg Kronawitter, Richard Quaas und Vinzenz Zöttl (CSU) vom 17.1.2014

Hilfen für Alleinerziehende besser strukturieren
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter, Marian Offman und Josef Schmid (CSU) vom 6.9.2013

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

In Ihrer Anfrage vom 05.09.2013 führen Sie Folgendes aus:

„Das ESF-Bundesprogramm ‚Netzwerke wirksamer Hilfen für Alleinerziehende' des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sollte dazu beitragen, die Lebens- und Arbeitsperspektiven für Alleinerziehende nachhaltig zu verbessern. Seit Anfang 2011 wurden daher an 102 Standorten in Deutschland der Auf- und Ausbau lokaler oder regionaler Netzwerke zur Unterstützung von Alleinerziehenden gefördert. Auch in München konnte ein solches Netzwerk aufgebaut werden. Am 31.03.2013 endete das Projekt ‚Alameda – Netzwerk für Alleinerziehende'.

In Kooperation mit dem Jobcenter, REGSAM, dem VAMV e.V. sowie Siaf e.V. entstanden konkrete Arbeitshilfen, wie beispielsweise eine umfangreiche Datenbank sowie eine Liste zur Ausbildung und Qualifizierung in Teilzeit.

In dem abschließenden Positionspapier aller Mitwirkenden wurden zum Thema Vernetzung und Kommunikation folgende Feststellungen getroffen:

‚In der Stadt München fehlen eine übersichtliche Struktur und ein nachhaltiges Gesamtkonzept hinsichtlich der Fülle an Projekten und Maßnahmen für Alleinerziehende. Die Vernetzung zwischen einzelnen Angeboten (Schnittstellen) sowie eine Abstimmung zwischen den Referenten bei Einrichtung neuer Maßnahmen sind als unzureichend zu bezeichnen. Bereits aufgebaute Netzwerkstrukturen müssen unbedingt nachhaltig koordiniert, finanziert und ausgebaut werden. Auch die Abstimmung und Vernetzung zwischen den Referaten muss dringend verbessert werden. Häufig finden sich Parallelstrukturen statt eines schlüssigen Gesamtkonzeptes. Gerade die Übergänge zwischen unterschiedlichen leistungsrechtlichen Ansprüchen führen bei Alleinerziehenden zu einem hohen behördlichen Aufwand und oft zu riesigen finanziellen Engpässen. Hier fehlt eine eindeutige Klärung, wer in der Übergangszeit die Zuständigkeit übernimmt. Die fehlende Nachhaltigkeit ist ein weiterer Problemschwerpunkt, so fehlt bei zahlreichen Maßnahmen und Angeboten, die von Teilnehmer/innen gut angenommen werden, eine dauerhafte Finanzierung".

Zu Ihrer Anfrage vom 05.09.2013 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage:
Was unternimmt die Landeshauptstadt München, damit die o.g. kritisierten Punkte (Erstellung einer übersichtlichen Struktur und eines nachhaltigen Gesamtkonzeptes, Vernetzung zwischen den Referaten bei der Einrichtung neuer Maßnahmen, Pflege und Finanzierung der aufgebauten Netzwerkstrukturen, Reduzierung des behördlichen Aufwandes und gesicherte, dauerhafte Finanzierung geeigneter Angebote) bearbeitet und verbessert werden?

Antwort:
Die vom Europäischen Sozialfonds geförderte und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen des „Netzwerks wirksamer Hilfen für Alleinerziehende" projektierte Initiative wurde in der Landeshauptstadt München von den Kooperationspartnerinnen und -partnern Jobcenter München, REGSAM, dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter und der Einrichtung siaf e.V. als 2-jähriges Projekt Alameda umgesetzt.

Alameda hat in der Landeshauptstadt München die Bedarfslage alleinerziehender Mütter und Väter sowie den Handlungsbedarf für die Zielgruppe in den Bereichen Kinderbetreuung, Ausbildung und Qualifizierung sowie Vernetzung und Kommunikation durch Befragung der Betroffenen sichtbar gemacht und bestätigt.

Das Projektteam konnte für eine effiziente Nutzung des begrenzten Zeitrahmens sowie der zur Verfügung stehenden Mittel die in der Landeshauptstadt München bereits vorhandene Kommunikationsstruktur des Arbeitskreises Alleinerziehende beim Stadtjugendamt München sowie die mit Projektbeginn in 2011 stattfindende Fachtagung „Alleinerziehend – mit Potenzial und Perspektiven!" in Anspruch nehmen.

Die Organisatorinnen und Organisatoren Stadtjugendamt München, Jobcenter München, IBPro e.V. und die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern haben dazu Kontaktdaten für die 2-jährige Projektarbeit zur Verfügung gestellt.

Ein wesentliches Projektergebnis von Alameda, eine Datenbank mit Informationen zu Angeboten und Anlaufstellen für Alleinerziehende, ist derzeit über die Internetseite von REGSAM abrufbar und soll künftig in eine städtische Datenbank integriert und dort mit gepflegt werden.

Der Arbeitskreis (AK) Alleinerziehende beim Stadtjugendamt München ist als Kommunikationsstruktur mit Expertise für die Bedarfslage der Zielgruppe bei der Abteilung Kinder, Jugend und Familie angesiedelt.
Das zuständige Sachgebiet Angebote für Familien, Frauen und Männer fördert zwei Einrichtungen (insgesamt mit jährlich rund 510.000 Euro) mit ausschließlichem Angebot für die Zielgruppe. Es hat die verschiedenen Familienformen gleichermaßen im Blick. Ein Teil der Alleinerziehenden, in der Regel Mütter, die für den Unterhalt, die Versorgung und Erziehung überwiegend alleine aufkommen oder auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, müssen jedoch auch in der Landeshauptstadt München zu den besonders benachteiligten und verstärkt durch Armut gefährdeten Familien gezählt werden (siehe Münchner Armutsbericht 2011, LHM, Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung, 2012; Münchner Familienbericht, LHM, Sozialreferat, Stadtjugendamt 2010).

Der AK Alleinerziehende ist daher seit 2005 aktiv und versammelt seit 2010 einmal pro Quartal die rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die in etwa zur Hälfte aus Vertreterinnen und Vertretern freier Träger sowie zur anderen Hälfte aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern städtischer Dienststellen bestehen.
Die Vernetzung von Trägern und städtischen Dienststellen garantiert hier den schnellen Austausch über konzeptionelle Entwicklungen, neue Angebote sowie Leistungsansprüche, ebenso über strukturelle Veränderungen im Jobcenter München, in den Referaten, Ämtern und Dienststellen, die für Fachkräfte, die die Zielgruppe beraten, von Interesse sind, um in der Fallarbeit den behördlichen Aufwand gering zu halten.

Der AK Alleinerziehende beim Stadtjugendamt München hat auch die Initiative ergriffen, die Kooperationsstrukturen zwischen den Referaten weiter zu optimieren.
In der Folge wurde von der Abteilung Kinder, Jugend und Familie im Stadtjugendamt München 2012 der erste „Runde Tisch Alleinerziehende“ einberufen, an dem das Jobcenter München, das Referat für Bildung und Sport, die Agentur für Arbeit, das Referat für Arbeit und Wirtschaft und die Leitung der Sozialbürgerhäuser vertreten sind:

Das Referat für Bildung und Sport ist im Interesse der Zielgruppe regelmäßig sowohl im Arbeitskreis als auch am Runden Tisch vertreten, um zu den häufigen Fragen des Betreuungsbedarfs und zu Betreuungsplätzen für Kinder praxisnahe Lösungsansätze mit zu erarbeiten.

Das Amt für Soziale Sicherung, das Amt für Wohnen und Migration sowie die Fachstelle Frau und Gesundheit des Referats für Gesundheit und Umwelt tragen mit Informationen, Kennzahlen und Berichten zur fachlichen Vernetzung bei.

Das in der Anfrage zitierte Ergebnis zur fehlenden Vernetzung der Institutionen und Projekte und der schwierigen Anschlussfinanzierung wird auch vom Referat für Arbeit und Wirtschaft nicht geteilt.
In der Landeshauptstadt München existieren viele Initiativen und Projekte. Die Finanzierung dieser Projekte ist teilweise nicht dauerhaft gesichert, aber nicht alle Pilotmodelle stellen sich in der Folge als wirklich relevant zur Verbesserung der Infrastruktur heraus.
Das Referat für Arbeit und Wirtschaft fördert spezielle Projekte, um die berufliche Integration für die Zielgruppe der Alleinerziehenden im Arbeitslosengeld (ALG) II-Bezug besonders zu unterstützen.
Am 01.01.2013 startete das Integrationsberatungszentrum Ost als bundesweit einmaliges Projekt für Alleinerziehende im ALG II-Bezug. Das Projekt leistet einen wesentlichen Beitrag zu Verringerung bzw. zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Langzeitleistungsbezug von Frauen und Alleinerziehenden. Zudem trägt es erheblich zur Verbesserung der Qualifizierung und Ausbildung bei.
Im Rahmen dieses Projektes ist für 2014 die Erstellung eines Wegweisers für alleinerziehende Mütter und Väter zum (Wieder-) Einstieg in den Beruf durch den Träger IB Pro e.V. geplant.

Nicht zuletzt soll durch die intensive Kooperation mit dem Jobcenter München im AK Alleinerziehende sowie am Runden Tisch Alleinerziehende erreicht werden, dass so viele alleinerziehende Frauen und Männer wie möglich erfolgreich in den Arbeitsmarkt integriert werden können, dass aber auch zunehmend mehr Akteurinnen und Akteure, insbesondere Unternehmen und mittelständische Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, gewonnen werden können, die alleinerziehende Mütter als Fachkräfte ausbilden und in ihren Betrieben die dazu erforderlichen flexiblen Rahmenbedingungen herstellen.

ÖPNV II
Kostenlose ÖPNV-Nutzung für Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Jörg Hoffmann, Michael Mattar, Gabriele Neff und Christa Stock (FDP) vom 21.11.2013

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

Mein Referat ist mit der Behandlung Ihres o.g. Antrags beauftragt, mit dem Sie die Prüfung der kostenlosen ÖPNV-Nutzung für Jugendliche in der Landeshauptstadt München beantragen.

Da es sich im vorliegenden Fall um eine Angelegenheit handelt, die in die Zuständigkeit der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) fällt, erlaube ich mir, Ihren Antrag anstelle einer Stadtratsvorlage als Brief zu beantworten.

Die Stellungnahme der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH ist als Anlage beigefügt. Hieraus können Sie entnehmen, dass der MVV mit seinen Fahrpreisen im Vergleich einer der kinderfreundlichsten großen Verkehrsverbünde Deutschlands ist. So gilt in München ein Einheitsfahrpreis im Zonentarif für das gesamte Netz (Einzelkarte 1,30 Euro bzw. 1,25 Euro mit Streifenkarte). Fahrgäste ab 15 bis 20 Jahre können das U21-Angebot nutzen, wofür nur ein Streifen pro Tarifzone (= 50% Rabatt) entwertet werden muss. Für Nutzer der Ausbildungstarife gibt es noch die Möglichkeit, den Geltungsbereich mit der Grünen Jugendkarte zu erweitern.

Eine generelle Freifahrtregelung für Jugendliche wäre zwar aus sozialer und verkehrspolitischer Sicht begrüßenswert, würde aber zu laufenden Einnahmeverlusten im hohen Millionenbereich führen. Diese müssten durch die öffentliche Hand oder die anderen Fahrgäste im Rahmen einer Preiserhöhung finanziert werden. Der Freistaat Bayern stellt seit einigen Jahren nur noch die Bundesmittel für den Schülerverkehr zur Verfügung und lehnt eine Bevorzugung des Großraums München ab. Aus diesem Grund konnte auch keine Beteiligung an der Finanzierung des Pilotprojektes Semesterticket erreicht werden. Es ist daher davon auszugehen, dass auch hier die Kosten allein durch die Landeshauptstadt München ausgeglichen werden müssten.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.

Ich gehe davon aus, dass Ihr Antrag hiermit ausreichend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Die Anlage kann im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/ANTRAG/3252389.pdf abgerufen werden.

Gasteig-Ausstellung „Ja, Kinder, es ist Krieg ...! zum Ersten Weltkrieg in München in den Stadtbezirken/Stadtteil-Kulturhäusern zeigen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Beatrix Burkhardt, Dr. Georg Kronawitter, Richard Quaas und Vinzenz Zöttl (CSU) vom 17.1.2014

Antwort Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Dazu teile ich Ihnen Folgendes mit:

In Ihrem Antrag vom 17.01.2014 heißt es: Der Stadtrat möge beschließen, das Kulturreferat zu beauftragen, im Benehmen mit der Gasteig GmbH und dem Ausstellungskurator dafür Sorge zu tragen, dass die Ausstellung „Ja, Kinder, es ist Krieg...!, mit der das Gedenkjahr 2014 im Gasteig eröffnet wurde, nach Ausstellungsende Mitte Januar 2014 noch in einigen Münchner Stadtteil-Kulturhäusern gezeigt wird.

Selbstverständlich gebe ich gerne Ihre Anregung, die genannte Ausstellung durch Münchens Kulturhäuser wandern zu lassen, an die geeigneten kulturellen Stadtteileinrichtungen weiter.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 25. Februar 2014

Erhalt und Sicherung der „Pflegeergänzenden Leistungen“
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Reinhard Bauer, Verena Dietl, Christian Müller, Constanze Söllner-Schaar, Birgit Volk (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Jutta Koller, Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen)

Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Alexander Reissl und Beatrix Zurek (SPD)

Zuschusserhöhung für Mittagsbetreuung: Freistaat Bayern soll Vorbild München folgen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Dieter Kaplan, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Mehr Öffentlichkeit für die Münchner Design-Szene
Antrag Stadtrats-Mitglieder Haimo Liebich, Alexander Reissl, Monika Renner, Klaus Peter Rupp und Helmut Schmid (SPD)

Ehemaliges Floriansmühlbad als attraktive Naherholung in Freimann
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Christian Müller, Klaus Peter Rupp, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Nord-West-Sammelkanal – Grundwasserstau in Feldmoching: Wann nimmt der Oberbürgermeister endlich seine gesetzlichen Pflichten wahr und sorgt für rechtmäßige Zustände?
Anfrage Stadträte Robert Brannekämper und Dr. Alexander Dietrich (CSU)

„Wohnen im Friends“: kollidieren Wohnungsbau und Betrieb des „Backstage“?
Anfrage Stadträtin Elisabeth Schosser (CSU)

Nachfrage zum Brandschutz im Münchner Osten
Anfrage Stadtrat Hans Podiuk (CSU)

Beteiligungsleitlinien (Beteiligungssatzung) für München als Rahmen eines Münchner Bürgerhaushalts einführen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Gülseren Demirel, Jutta Koller und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Dr. Florian Roth; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Gülseren Demirel, Jutta Koller und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Gülseren Demirel, Jutta Koller und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Gülseren Demirel, Jutta Koller und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Schülerhaushalt als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt
Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Gülseren Demirel, Jutta Koller, Sabine Krieger und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Gebühr für falsch befüllte Biotonne berechnet – aber was war denn Falsches drin?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Rutschpartien auf Rolltreppen verhindern
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

U-Bahn-Haltestelle Max-Weber-Platz sicherer machen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Otto Bertermann, Ursula Sabathil (Freie Wähler), Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) und Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Wofür braucht die „Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ so viel Geld?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

SPD - Stadtratsfraktion **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste**

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Christian Müller
Verena Dietl
Constanze Söllner-Schaar
Dr. Reinhard Bauer
Birgit Volk

Gülseren Demirel
Dr. Florian Vogel
Lydia Dietrich
Jutta Koller

Stadtratsmitglieder

München, 25.02.2014

Erhalt und Sicherung der "Pflegeergänzenden Leistungen"

Antrag:
Das Sozialreferat wird gebeten, möglichst rasch mit dem Freistaat Bayern Verhandlungen aufzunehmen, um für alle bedürftigen Münchnerinnen und Münchner die "Pflegeergänzenden Leistungen" der ambulanten Pflegedienste auf dem gewohnten Münchner Niveau rechtssicher halten zu können.

Dem Stadtrat ist über das Ergebnis zu berichten.

Begründung:
Um die Qualität der häuslichen Versorgung von Seniorinnen und Senioren zu verbessern, Pflegearrangements zu stabilisieren und damit den Verbleib der Seniorinnen und Senioren im bisherigen Wohnumfeld zu gewährleisten, erhalten Pflegedienste, die PEL erbringen, finanzielle Unterstützung.

Die Landeshauptstadt München muss künftig prüfen, inwieweit die freiwilligen Leistungen im Rahmen der "Pflegeergänzenden Leistungen" von den Änderungen des SGB IX, welche vorrangig zur Anwendung kommen, abgegrenzt werden müssen und ob das Pflegeneuausrichtungsgesetz (PNG) hier andere Möglichkeiten der Finanzierung eröffnet.

Danach können Pflegedienste nun grundsätzlich eine vertragliche Vereinbarung mit den Pflegekassen zur Kostenerstattung von Leistungen ähnlich der PEL schließen. Bisher haben nur die Länder Hessen und Sachsen davon gebraucht gemacht.

Leider ist die CSU-geführte Staatsregierung ihrer Verpflichtung gegenüber den Pflegebedürftigen bisher nicht nachgekommen. Daher muss zum einen überprüft werden, welche Leistungen, auf die Rechtsanspruch besteht, auch mit den Kassen vorrangig abgerechnet werden können. Zum anderen müssen für Pflegebedürftige die darüber hinaus notwendigen Leistungen bewertet und abgerechnet werden können.

Nach der praktischen Erfahrung der Dienste der freien Wohlfahrtspflege - so geben diese an - "wird vor allem im Leistungsbereich I PEL, der Beratung und psychosozialen Begleitung von pflegebedürftigen Menschen in ihrem häuslichen Umfeld, auch nach Abschluss von Verträgen im Sinne des PNG, ein hoher Bedarf bestehen. Zum einen gehen die Leistungen der PEL über die Inhalte des PNG hinaus. Zum anderen wird der

Bedarf an Leistungen in diesem Bereich über dem Leistungsumfang des SGB XI liegen, da die Leistungen der häuslichen Betreuung nach PNG erst Anwendung finden, wenn die grundpflegerische und hauswirtschaftliche Versorgung sicher gestellt sind. Dem gegenüber können PEL unabhängig von Grundpflege und hauswirtschaftlicher Versorgung erbracht werden."

Darüber soll der Münchner Stadtrat baldmöglichst befinden.

gez.

Christian Müller
Verena Dietl
Constanze Söllner-Schaar
Dr. Reinhard Bauer
Birgit Volk

Gülseren Demirel
Dr. Florian Vogel
Lydia Dietrich
Jutta Koller

Stadtratsmitglieder

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Beatrix Zurek
Stadtratsmitglieder

München, den 24.02.2014

Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen

Anfrage

Aus der Mieterschaft der ehemaligen Landesbank-Tochter GBW AG ist zu hören, dass diese Gesellschaft verstärkt die Umweandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen betreibt oder zumindest vorbereitet. Dies soll verstärkt vor dem Inkrafttreten des Umwandlungsverbots am 01.03.2014 festzustellen gewesen sein. Wir fragen deshalb:

1. Gibt es solche verstärkten Aktivitäten insbesondere im Bereich von Erhaltungssatzungsgebieten, in denen ab 01.03.2014 vom Umwandlungsverbot Gebrauch gemacht werden kann?

2. Welche Rechtsfolge hat es, wenn eine Abgeschlossenheitsbescheinigung im Geltungsbereich einer Erhaltungssatzung vor dem Inkrafttreten des Umwandlungsverbots

a) beantragt wurde?
b) erteilt wurde?
c) erteilt wurde und einen entsprechenden Grundbucheintrag zur Folge hatte?

gez.
Alexander Reissl
Beatrix Zurek

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister Ude
Rathaus

Birgit Volk
Beatrix Zurek
Hans Dieter Kaplan

Stadtratsmitglieder

München, 25.02.2014

ANTRAG

Zuschusserhöhung für Mittagsbetreuung: Freistaat Bayern soll Vorbild München folgen

Antrag

Die Stadtverwaltung setzt sich mit dem Freistaat Bayern ins Benehmen, um den wachsenden Bedarf auch an staatlichen Geldern für die Finanzierung der 10.000 plus x Plätze für Mittagsbetreuung in München zu sichern. Je nach Erhöhung der Förderansätze durch die Bayerische Staatsregierung könnten die Elternbeiträge stabil gehalten oder womöglich sogar gesenkt werden.

Begründung:

In München sollen die Gesamtzuschüsse für die Mittagsbetreuungen an Münchner Schulen um 1,5 Millionen Euro auf mehr als 5 Millionen Euro erhöht werden. Bis 2017 sind weiter 400.000 Euro zusätzlich geplant.

Die Betreuungszeiten wurden in den vergangenen Jahren erfreulicherweise ausgeweitet, die Zahl der Betreuungsplätze steigt um ca. 250 pro Jahr. Schon jetzt investiert die Stadt mit der freiwilligen Übernahme der Raum-, Betriebs- und Sachkosten deutlich mehr Mittel als der Freistaat mit seinen Pauschalansätzen. Die Landeshauptstadt München geht erneut mit gutem Beispiel voran.

gez.
Birgit Volk
Stadträtin

gez.
Beatrix Zurek
Stadträtin

gez.
Hans Dieter Kaplan
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister Ude
Rathaus

Monika Renner
Klaus Peter Rupp
Haimo Liebich
Alexander Reissl
Helmut Schmid

Stadtratsmitglieder

München, 25.02.2014

Mehr Öffentlichkeit für die Münchner Design-Szene

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine bessere Außendarstellung der Münchner Desginer- und Designszene zu entwickeln und in das Erscheinungsbild Münchens zu integrieren.

Begründung:

In der jungen, ambitionierten Designer-Szene und der sie vertretenden Galerien wird der Wunsch nach städtischer Unterstützung bei der Optimierung der Aufmerksamkeit auf die hervorragende Arbeit geäußert. Dies sollte auch in Bezug auf den wichtigen Image- und Standortfaktor "Kultur- und Kreativwirtschaft" im Interesse der Stadt sein.

gez.	gez.	gez.	gez.	gez.
Monika Renner (Initiative)	Klaus Peter Rupp	Haimo Liebich	Alexander Reissl	Helmut Schmid
Stadträtin	Stadtrat	Stadtrat	Stadtrat	Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Verena Dietl
Christian Müller
Klaus Peter Rupp
Birgit Volk
Beatrix Zurek
Stadtratsmitglieder

München, 25.02.2014

Ehemaliges Floriansmühlbad als attraktive Naherholung in Freimann

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten zu prüfen, wie das Gelände des ehemaligen Floriansmühlbades wieder für die Bürgerinnen und Bürgern in Freimann geöffnet werden kann. Hierzu sind die Möglichkeit des Grundstückskaufs, aber auch anderweitige Lösungen für eine Öffnung zu prüfen.

Begründung:

Die positiven Aspekte eines öffentlich zugänglichen Bades und attraktiven Freizeitflächen überzeugen bei einem so stark wachsenden Stadtviertel – und ist darüber hinaus ein interessanter Anlaufpunkt für alle Münchnerinnen und Münchner.

Dies um so mehr, da es sich um eine Fläche handelt, die teilweise im Landschaftsschutzgebiet liegt. Die besondere Lage am Garchinger Mühlbach trägt ihr Übriges dazu bei, dass ein öffentlich zugängliches Bad gut angenommen wird.

gez.

Verena Dietl
Christian Müller

Klaus Peter Rupp
Birgit Volk
Beatrix Zurek

Mitglieder des Stadtrats

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat
Dr. Alexander Dietrich
Stadtrat
Robert Brannekämper

ANFRAGE
25.02.2014

Nord-West-Sammelkanal – Grundwasserstau in Feldmoching: Wann nimmt der Oberbürgermeister endlich seine gesetzlichen Pflichten wahr und sorgt für rechtmäßige Zustände?

Der Nord-West-Sammelkanal hat im Bereich Feldmoching zu einem nachhaltigen Aufstau des Grundwassers geführt. Er ist heute im Bereich der Unteren Mühle pegelbestimmend. Wiederholt sind die Keller der Anwohner vollgelaufen. Das Thema beschäftigt seit Jahren den Stadtrat, bis heute ohne greifbare Ergebnisse. Nach dem Wasserrechtsbescheid vom 15.10.1991 ist verunreinigtes Erdreich zu beseitigen (Ziffer IV 1 b), Arbeitsräume dürfen nur mit durchlässigem Kies verfüllt werden (Ziffer III. 3. e). Sämtliche Spundwände und Verbauträger sind nach Beendigung der Arbeiten zu entfernen (Ziffer III. 3.d).

Die Vorgaben sind absolut, einen Ermessensspielraum gibt es nicht, zumal sich die Trasse im Bereich des Grundwassers befindet. Das RGU hat längst massive Fehler beim Bau eingeräumt. An verschiedenen Stellen der Trasse wurde Bauschutt und Müll (Folien, Altreifen, Holzreste, Verschalungen) gefunden. Ferner wurden in weiten Bereichen die Stahlspundwände nicht gezogen, die Verschalung aus chemisch behandeltem Pressspan wurde an keiner Stelle entfernt. Unzulässiger Auflastbeton verhindert die Überströmbarkeit des Kanals (SZ vom 20.03.2013).

Nach dem Bescheid darf durch den Kanal das Grundwasser um maximal 25 cm aufgestaut werden. Tatsächlich liegt der Aufstau um bis zu 200 % darüber. Der Aufstau hat die Gebäude der Anwohner massiv geschädigt. Die Bürger leben in ständiger Angst, dass ihr Hab und Gut beim nächsten Dauerregen erneut zerstört wird. Sie benötigen dringend Geld um die Gebäude wieder Instandsetzen zu können. Dennoch soll nun gemäß der Beschlussvorlage für die Sitzung des Umweltausschusses vom 25.02.2014 keine zeitnahe Entschädigung der Anwohner erfolgen, sondern die Landeshauptstadt versteckt sich hinter ihrer Haftpflichtversicherung, die offenbar zu keiner angemessenen und zeitnahen

Ersatzleistung bereit ist.

Nach Mitteilung der Bürger hat das RGU als Untere Wasserrechtsbehörde und für die Überwachung der MSE bei dem Kanalbau zuständige Behörde die gleiche Anwaltskanzlei beauftragt wie die MSE. Mit der Einschaltung des Anwaltsbüros sollen nach Meinung der Betroffenen die Zahlungsansprüche der Bürger offenbar genauso abgewehrt werden wie die Auskunftsansprüche nach der Informationsfreiheitssatzung der Stadt und dem Bayerischen Umweltinformationsgesetz.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Welche Abweichungen gibt es zwischen dem Bescheid vom 15.10.1991 und der tatsächlichen Ausführung durch die MSE? Hat eine Schlussabnahme durch das Umweltschutzreferat stattgefunden? Wenn ja, welche Mängel wurden gerügt? Wurde die Beseitigung der gerügten Mängel überwacht? Wenn nein, warum wurde darauf verzichtet?
2. Hat das RGU, wie es seine Aufgabe ist, die Bauarbeiten überwacht und bei der Überwachung die Verstöße festgestellt?
   a) Wie konnte es zur Müllentsorgung im Untergrund und zum Verzicht auf die Entfernung der Verbaumaterialien kommen?
   b) Wer ist hierfür verantwortlich?
   c) Hat das RGU die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?
   d) Warum hat das RGU bis heute keine Maßnahmen gegen die MSE eingeleitet um den auf der Trasse vorhandenen Bauschutt zu entsorgen und durch Kies zu ersetzen?
3. Was ist Ursache für den Grundwasseraufstau in unmittelbarer Nähe zum Kanal?
   a) Wie erklärt sich das RGU den über den zulässigen Werten liegenden Grundwasserstau?
   b) Warum funktionieren die Düker nicht? Wurde die Funktionsfähigkeit vom RGU überprüft? Wurde bei der Prüfung der Grundwasserstand im An- und Abstrombereich überprüft?
   c) Welche Protokolle gibt es zu den Überwachungsmaßnahmen?
4. Warum hat das RGU bis heute keine wasserrechtliche Anordnung gegen die MSE erlassen, um die Überschreitung der maximalen Aufstauwerte des Wasserrechtsbescheids sicherzustellen? Warum vollzieht das RGU nicht den Wasserrechtsbescheid vom 15.10.1991 gegenüber der MSE? Wie geht das RGU mit einem Privaten um, der gegen einen Wasserrechtsbescheid verstößt?
5. Gibt es Vorgaben des Oberbürgermeisters, dass das RGU seine gesetzliche Pflicht gegen die rechtswidrig handelnde MSE einzuschreiten nicht erfüllen darf? Wenn nein, warum ist das RGU bis heute untätig?
6. Ist der Oberbürgermeister der Meinung, dass das RGU neutral und unabhängig von der MSE seine Aufgaben als Untere Wasserrechtsbehörde wahrnehmen sollte und muss?
   a) Wenn ja, hat es der Oberbürgermeister gebilligt, dass sich das RGU und die MSE des gleichen Anwalts bedienen um die Ansprüche der Bürger abwehren zu können?

b) Beauftragt das RGU auch in anderen Fällen die gleiche Anwaltskanzlei wie der Private, der gegen einen Wasserrechtsbescheid der LH München verstößt?

7. Gibt es Absprachen zwischen RGU und MSE ? Wenn ja welche?

8. Im Bereich der Unteren Mühle gibt es keine Entlastungsbrunnen. Wie gedenkt das RGU die Bürger vor weiteren Überflutungen zu schützen?

gez.
Dr. Alexander Dietrich
Stadtrat

gez.
Robert Brannekämper
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin
Elisabeth Schosser

ANFRAGE
25.02.2014

„Wohnen im Friends“: kollidieren Wohnungsbau und Betrieb des „Backstage“?

Presseberichten zufolge können sich durch die geplanten Wohntürme „Wohnen im Friends“ negative Auswirkungen auf im Umgriff bestehende Betriebe ergeben. Betroffen wäre das Backstage, deren Betriebskonzept und der geplante Neubau – aber auch bspw. die Post.

Deshalb frage ich:

1. Wie ist der Stand der Dinge beim Bauantrag „Wohnen im Friends“?

2. Wenn nun an diesem Standort Wohnungen geplant sind: Wie beurteilt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung die Gefahr, dass Wohnungsbau und die bestehenden/beschlossenen Betriebe (Backstage/Post) kollidieren?

3. Können Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen im Außenbereich wie das Free&Easy Festival, Public Viewings etc. weiterhin durchgeführt werden – auch wenn Wohnbebauung nahe an das Backstage heranrückt?

4. Ist im Zuge der Baugenehmigung ein „runder Tisch“ oder Ähnliches mit den Betroffenen Eigentümern (Post, Backstage, LBBW, Aurelis) und der Stadt München geplant, um die gegenseitigen Beeinträchtigungen zu eruieren und einvernehmliche Lösungen anzustoßen? Wenn nein, warum nicht?

gez.
Elisabeth Schosser, Stadträtin

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Hans Podiuk

ANFRAGE
25.02.2014

Nachfrage zum Brandschutz im Münchner Osten

Am 22.11.2013 habe ich meine Anfrage zum Brandschutz im Münchner Osten gestellt. Mit Schreiben vom 27.11.2013 an den Kreisverwaltungsreferenten habe ich die Anfrage um den Aspekt erweitert, der das Kooperationsangebot der Freiwilligen Feuerwehr Haar umfasste. Bis heute ist die Anfrage nicht beantwortet.

Ich frage deshalb:

> Wann kann, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es hier um die Nichteinhaltung von gesetzlichen Hilfsfristen in Waldtrudering geht, mit der Beantwortung der Fragen gerechnet werden?

gez.
Hans Podiuk, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 25.02.2014

Beteiligungsleitilinien (Beteiligungssatzung) für München als Rahmen eines Münchner Bürgerhaushalts einführen

Antrag
Die Stadtverwaltung wird gebeten, einen Diskussionsprozess mit der Bürgergesellschaft zu initiieren, um Leitlinien für Bürgerbeteiligung zu entwickeln, die ggf. in Form einer Bürgerbeteiligungssatzung vom Stadtrat beschlossen werden könnten.

Begründung:
In München wird zunehmende über moderne Formen der Bürgerbeteiligung diskutiert. Gerade wurde z.B. ein Bürgergutachten zum Kunstareal fertig gestellt. Außerdem hat der Stadtrat am 21.02.2014 beschlossen, die Einführung von Online-Petitionen zu prüfen. Und am 18.12.2013 wurde vom Stadtrat entschieden, dass ein Konzept eines Bürgerhaushalts bis Ende 2014 vorgestellt werden soll.
Als Rahmen für all diese Formen der Bürgerbeteiligung wäre es sinnvoll, dass die Stadt gemeinsam mit der Bürgerschaft Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung entwickelt, die dann ggf. in Form einer Beteiligungssatzung vom Stadtrat beschlossen werden könnten.
Als Vorarbeiten sind die Checkliste des Direktoriums mit Grundsätzen zur freiwilligen Bürgerbeteiligung (http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3205286.pdf) sowie das gemeinsame Positionspapier Münchner Bürgerinitiativen (http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3243895.pdf) mit einzubeziehen.
Vorbilder für einen solchen Prozess der Entwicklung von Leitlinien könnten z.B. die Darmstädter Leitlinienentwicklung (siehe: http://www.darmstadt.de/portal/darmstadt-aktuell/article/buergerbeteiligung-5/index.htm bzw. http://www.darmstadt.de/?5206) sein. Außerdem ist z.B. die Weyarner Bürgerbeteiligungssatzung zu erwähnen (http://www.weyarn.de/Gemeinde/Satzungen/Buergerbeteiligungssatzung.pdf).

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth
Gülseren Demirel
Jutta Koller
Paul Bickelbacher
Anja Berger

Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 25.02.2014

Bürgerschaft und Expertenrat bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts einbeziehen.

Antrag
Die Stadtverwaltung wird gebeten, Vorschläge zu machen und umzusetzen, wie bei der Entwicklung des Münchner Bürgerhaushalts Bürgerinnen und Bürger sowie der Rat von Expertinnen und Experten mit einbezogen werden kann (etwa im Form einer Tagung oder von Workshops bzw. einer dauerhaften Begleitgruppe)

Begründung:
Unter Bürgerhaushalt (oder Beteiligungshaushalt) versteht man die Einbeziehung der Bevölkerung bei Fragen der Verwendung öffentlicher Gelder (durch die Einreichung von Vorschlägen und die Abstimmung über diese). Ausgehend von Modellen in Brasilien (Porto Alegre, Recife) (siehe www.buergerhaushalt.org) werden solche Verfahren in gut 100 Kommunen durchgeführt. Der Münchner Stadtrat hat mit Beschluss der Vollversammlung vom 18.12.2013 beschlossen, dass die Stadtverwaltung verschiedene Varianten prüfen und dem Stadtrat bis Ende 2014 einen Verfahrensvorschlag zur Entscheidung vorlegen soll (http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3179425.pdf).
Wenn man die Bürgerschaft beteiligen will, ist es sinnvoll sie selbst bei der Entwicklung der Beteiligungsformen mit einzubeziehen.
Außerdem könnte es hilfreich sein, etwa in Form eines Workshops oder einer Tagung auch Rat aus Wissenschaft, von Stiftungen und von Praktikerinnen und Praktikern aus Kommunen mit einem erfolgreichen Bürgerhaushalt einzuholen.
Eine mögliche Form könnte auch ein Bürgergutachten sein (das gerade bei der Entwicklung des Kunstareals erstellt wurde).
Als mögliches Vorbild kann man sich auch die AK Stuttgarter Bürgerhaushalt (mit Unterstützung der dortigen Volkshochschule) genauer ansehen (http://www.stuttgart.de/item/show/305802/1/dept/152639 bzw. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-E1541FCB-BAB06D36/bst/xcms_bst_dms_36897__2.pdf).

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth
Jutta Koller
Anja Berger
Gülseren Demirel
Paul Bickelbacher

Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 25.02.2014

Kriterien für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag

Bei der Konzipierung des Münchner Bürgerhaushalts sollen u.a. folgende Kriterien in die Überlegungen mit einbezogen werden:

- Es sollte eine Kombination von Online-Verfahren, stadtteil- und zielgruppenbezogenen Veranstaltungen sowie einer repräsentativen Umfrage gewählt werden, um zu vermeiden, dass sich nur bestimmte Gruppen, die etwa besonders Internet-affin sind, beteiligen.
- Es sollte eine Kombination von bürgernahen wohnortnahen Beteiligungsformen (wie Quartiersbudgets) und einer stadtweiten Partizipation gewählt werden, damit sowohl ortsspezifische Anliegen wie solche, welche ganz München betreffen, thematisiert werden können – und auch gewährleistet ist, dass nicht nur die Interessen von Stadtteilen mit einem besonders hohem Anteil gebildeter und artikulationsfähiger Schichten sich durchsetzen.
- Es sollte eine Begleitung dieses Prozesses geben durch geschulte Kräfte der Stadtverwaltung sowie etwa einer unabhängigen Agentur aus der Bürgerschaft sowie Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren z.B: aus in Beteiligungsverfahren oft unterrepräsentierten Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen – mit dem Ziel ,eine hohe Beteiligung quer durch die Stadt und ihre vielfältige Bevölkerung zu erreichen.
- Es sollten (mit dem gleichen Ziel einer umfassenden, nicht diskriminierenden Beteiligung) aufsuchende Veranstaltungsverfahren etwa für Migrantinnen und Migranten, Jugendliche sowie Seniorinnen und Senioren entwickelt werden, wobei auch bestehende Vernetzungen und Veranstaltungsformate (wie z.B. Bürgerversammlungen) genutzt werden können.
- Es sollte ein Verfahren gewählt werden, dass direkte Bürgerbeteiligung (nicht wie im Ingolstädter Modell nur erweiterte Bezirksausschussetats) mit hoher Transparenz im Vorfeld und klarer Rechenschaftslegung über den Umgang mit den Vorschlägen im Nachgang verbindet.

Begründung:

Unter Bürgerhaushalt (oder Beteiligungshaushalt) versteht man die Einbeziehung der Bevölkerung bei Fragen der Verwendung öffentlicher Gelder (durch die Einreichung von Vorschlägen und die Abstimmung über diese). Ausgehend von Modellen in Brasilien (Porto Alegre, Recife) werden solche Verfahren in gut 100 Kommunen durchgeführt. Der Münchner Stadtrat hat mit Beschluss der Vollversammlung vom 18.12.2013 beschlossen, dass die Stadtverwaltung verschiedene Varianten prüfen und dem Stadtrat bis Ende 2014

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

einen Verfahrensvorschlag zur Entscheidung vorlegen soll .
Wie der Vortrag eines renommierten Experten im Bereich der Bürgerbeteiligung, Prof. Roland Roth, im Rahmen einer Veranstaltung der Evangelischen Stadtakademie München zeigte, besteht die Gefahr, dass bei der Wahl eines reinen Online-Verfahrens oder einer Bürgerbeteiligung wie in Ingolstadt (eine Art erweitertes Budget der Bezirksausschüsse) eine breite und annähernd repräsentative Partizipation der Bürgerinnen und Bürger nicht zustande kommt bzw., um in Prof. Roths Worten zu sprechen, das Münchner Modell des Bürgerhaushalts „in der Kreisklasse und nicht in der Champions League“ der inzwischen gut 100 Kommunen mit Bürgerhaushalten in Deutschland spielen wird. Deshalb sollten als Elemente von Best Practise Beispielen die genannten Kriterien bei der Konzepterstellung für den Münchner Bürgerhaushalt mit einbezogen werden. Vorbild könnte das sehr umfassende Konzept in Berlin-Lichtenberg oder der Stuttgarter Bürgerhaushalt sein, bei dem durch verschiedene Maßnahmen (die in die hier genannten Kriterien einflossen) die Beteiligungsquote von 1,5 % der Bevölkerung im Jahre 2011 auf 4,6 % im Jahre 2013 gesteigert werden konnte.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth
Jutta Koller
Anja Berger
Gülseren Demirel
Paul Bickelbacher

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 25.02.2014

Quartiersbudgets in Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Einführung von Quartiersbudgets in einigen Stadtbezirken (oder Stadtbezirksteilen) mit besonderen sozialen Herausforderungen zu prüfen. Über die Verwendung der in diesem Rahmen zur Verfügung gestellten Mittel sollen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort selber entscheiden. Die Erfahrungen mit solchen Quartiersbudgets fließen dann in das Konzept eines Münchner Bürgerhaushalts ein, zu dem laut Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 18.12.2013 ein Konzept entwickelt werden soll.

Begründung:

Unter Bürgerhaushalt (oder Beteiligungshaushalt) versteht man die Einbeziehung der Bevölkerung bei Fragen der Verwendung öffentlicher Gelder (durch die Einreichung von Vorschlägen und die Abstimmung über diese). Ausgehend von Modellen in Brasilien (Porto Alegre, Recife) (siehe www.buergerhaushalt.org) werden solche Verfahren in gut 100 Kommunen durchgeführt. Der Münchner Stadtrat hat mit Beschluss der Vollversammlung vom 18.12.2013 beschlossen, dass die Stadtverwaltung verschiedene Varianten prüfen und dem Stadtrat bis Ende 2014 einen Verfahrensvorschlag zur Entscheidung vorlegen soll (http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3179425.pdf).
Es könnte sinnvoll sein, einen solchen Beteiligungshaushalt im Kleinen in Pilotprojekten vor Ort im unmittelbaren Lebensumfeld der Bevölkerung auszuprobieren. Dabei wären Quartiersbudgets gerade in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen eine mögliche Form.

Fraktion Die Grünen-rosa liste
Initiative:

Dr. Florian Roth	Gülseren Demirel
Jutta Koller	Paul Bickelbacher
Anja Berger	Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 25.02.2014

Schülerhaushalt als Pilotprojekt für den Münchner Bürgerhaushalt

Antrag

Das Referat für Bildung und Sport startet für das Schuljahr 2014/2015 an mehreren Schulen ein Pilotprojekt für einen Schülerhaushalt, also ein Budget, über dessen Verwendung die Schülerinnen und Schüler selbst entscheiden können. Die Erfahrungen mit solchen Schülerhaushalten fließen dann in das Konzept eines Münchner Bürgerhaushalts ein, zu dem laut Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 18.12.2013 ein Konzept entwickelt werden soll.

Begründung:

Unter Bürgerhaushalt (oder Beteiligungshaushalt) versteht man die Einbeziehung der Bevölkerung bei Fragen der Verwendung öffentlicher Gelder (durch die Einreichung von Vorschlägen und die Abstimmung über diese). Ausgehend von Modellen in Brasilien (Porto Alegre, Recife) (siehe www.buergerhaushalt.org) werden solche Verfahren in gut 100 Kommunen durchgeführt. Der Münchner Stadtrat hat mit Beschluss der Vollversammlung vom 18.12.2013 beschlossen, dass die Stadtverwaltung verschiedene Varianten prüfen und dem Stadtrat bis Ende 2014 einen Verfahrensvorschlag zur Entscheidung vorlegen soll (http://www.ris-muenchen.de/RII2/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/3179425.pdf).
Es könnte sinnvoll sein, einen solchen Beteiligungshaushalt im Kleinen in Pilotprojekten auszuprobieren. Ein Bereich könnte hierbei die Schule sein. Ein sog. Schülerhaushalt (erstmals in der brasiliianischen Stadt Recife eingeführt) existiert an mehren Schulen in verschieden Schulen Deutschlands (siehe: www.schuelerhaushalt.de). Die Finanzierung und Umsetzung erfolgte auch mit Unterstützung einer Stiftung, was auch in München zu prüfen wäre. Ein solches Verfahren würde der aktiven Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ihrem unmittelbaren Umfeld dienen und wäre eine gute Vorbereitung für die Rolle der mündigen und aktiven Bürgerin bzw. des mündigen und aktiven Bürgers in der Demokratie.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Dr. Florian Roth	Sabine Krieger
Jutta Koller	Gülseren Demirel
Anja Berger	Paul Bickelbacher

Mitglieder des Stadtrates

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-fraktion-muenchen.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Stadtratsfraktion
Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 25.02.2014

Anfrage
Gebühr für falsch befüllte Biotonne berechnet – aber was war denn Falsches drin?

Einem Münchner Bürger und Abfallgebührenzahler wurde kürzlich durch den Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) eine Zusatzgebühr für eine falsch befüllte Biotonne in Rechnung gestellt.[1] Es wurde jedoch nicht mitgeteilt, was nach Ansicht des AWM Falsches in der Tonne war. Auch auf telefonische Nachfrage war dies vom AWM nicht in Erfahrung zu bringen. Dies schafft für den Bürger das Problem, dass er die Rechtmäßigkeit der Zusatzrechnung nicht prüfen kann und auch nicht genau weiss, welche Art der Befüllung er künftig unterlassen muss.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Wird vom AWM bei Feststellung einer falsch befüllten Wertstofftonnen dokumentiert, worin die Falschbefüllung besteht? Wenn nein, warum nicht?

2. Weshalb wird der Gebührenzahler nicht zusammen mit der Zahlungsaufforderung über die Zusatzgebühr informiert, worin die Falschbefüllung bestand?
3. Wieviele falsch befüllte Wertstofftonnen werden in München pro Jahr festgestellt?
4. In wie vielen Fällen jährlich werden wegen Falschbefüllung Zusatzgebühren nach § 3 Abs. 11 Hausmüllentsorgungsgebührensatzung festgesetzt?
5. In wie vielen Fällen jährlich werden wegen Falschbefüllung Bußgelder nach § 13 Abs. 1 a Nr. 7 Hausmüllentsorgungssatzung festgesetzt?
6. Wieviele Widersprüche gegen die Zusatzgebühren wurden eingereicht, wieviele gegen die Bußgelder?
7. Wieviele Gebührenbescheide über die Zusatzgebühr nach § 3 Abs. 11 Hausmüllentsorgungsgebührensatzung und wieviele Bußgeldbescheide nach § 13 Abs. 1 a Nr. 7 Hausmüllentsorgungssatzung mussten zurückgenommen werden oder hatten vor Gericht keinen Bestand? In wievielen Fällen war mangelnde Dokumentation der Rücknahmegrund?

Initiative: **Richard Progl (BP)** *weitere Fraktionsmitglieder:* Johann Altmann (FW), Dr. Otto Bertermann (FW), Ursula Sabathil (FW)

1 § 3 Abs. 11 Hausmüllentsorgungsgebührensatzung, § 13 Abs. 1 a Nr. 7 Hausmüllentsorgungssatzung: http://www.awm-muenchen.de/privathaushalte/gebuehren-und-recht/rechtsgrundlagen.html

Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI
Rathaus, Marienplatz 8 ● Geschäftsstelle: Zimmer 116 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 207 98 ● Fax: 089 / 233 – 207 70 ● E-Mail: fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de

Stadtratsfraktion
Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 25.02.2014

ANTRAG

Rutschpartien auf Rolltreppen verhindern

Es wird geprüft, mit welchen Maßnahmen das Herunterrutschen auf den Handläufen von Rolltreppen in den Münchner U- und S-Bahnhöfen verhindert werden kann. Insbesondere die Verwendung rutschfesten Materials anstelle der glatten Gummibänder und der Einbau von Barrieren auf den Aluminiumflächen seitlich der Handläufe sollen getestet werden.

Begründung

Immer wieder kommt es in S- und U-Bahnhöfen zu Unfällen mit teils schweren Verletzungen, weil Kinder, Jugendliche oder leichtsinnige Erwachsene versuchen, auf den Handläufen der Rolltreppen oder auf den Flächen zwischen zwei Rolltreppen herunterzurutschen.

In die Unfälle sind nicht nur die Rutschenden selbst verwickelt, es kommt auch vor, dass völlig unbeteiligte Personen in Mitleidenschaft gezogen werden. Im Mai 2010 beispielsweise wurde eine 87-Jährige an der U-Bahnstation Marienplatz lebensgefährlich verletzt, als ein betrunkener junger Mann die Rolltreppe herunterrutsche und die Frau dabei mit den Füßen in den Rücken stieß, so dass sie mit dem Kopf auf den Treppenstufen aufschlug.[1]

Diese aus Leichtsinn verursachten Unfälle ließen sich vermeiden, wenn durch bauliche Maßnahmen das Herunterrutschen an Rolltreppen unmöglich gemacht würde.

Initiative: **Johann Altmann (FW)**, *weitere Fraktionsmitglieder:* Dr. Otto Bertermann (FW), Richard Progl (BP), Tobias Ruff (ÖDP), Ursula Sabathil (FW)

1 www.sueddeutsche.de/muenchen/schwerer-unfall-fatale-rutschpartie-auf-der-rolltreppe-1.474078

Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI
Rathaus, Marienplatz 8 ● Geschäftsstelle: Zimmer 116 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 207 98 ● Fax: 089 / 233 – 207 70 ● E-Mail: fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de

Stadtratsfraktion
Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 24.02.2014

ANTRAG

U-Bahn-Haltestelle Max-Weber-Platz sicherer machen

Der Stadtrat möge beschließen:

Es wird geprüft, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um den Treppenbereich der U-Bahn-Haltestelle Max-Weber-Platz sicherer zu gestalten.

Insbesondere soll geklärt werden, ob die Möglichkeit besteht, eine Zwischendecke einzuziehen, um zu verhindern, dass Personen vom Treppenbereich ins Gleisbett oder auf den Bahnsteig stürzen.

Begründung

In der Vergangenheit kam es im Treppenbereich des U-Bahnhofs Max-Weber-Platz bereits zu mehreren schweren Stürzen. Der Bereich ist besonders gefährlich, weil er über zwei Etagen offen ist und Personen deshalb sehr tief und direkt ins Gleisbett der U-Bahn fallen können.

Bei einem Unfall im Dezember 2013 wurde ein Mann am Max-Weber-Platz lebensgefährlich verletzt. Der 34-Jährige hatte in alkoholisiertem Zustand versucht, das Treppengeländer herunterzurutschen und fiel dabei zwölf Meter tief ins Gleisbett. In einem ähnlichen Fall im Dezember 2011 stürzte ein junger Mann aus sieben Metern Höhe auf den Bahnsteig. Er ist bis heute schwerbehindert und wird sein Leben lang unter den Folgen des Unfalls leiden.

Auch wenn die genannten Beispiele durch Leichtsinn und unter Alkoholeinfluss passierten, ist es dennoch Aufgabe der MVG und der LH München, für größtmögliche Sicherheit an den Stationen des ÖPNV zu sorgen. Wenn mit relativ geringem Aufwand schlimme Unfälle verhindert werden können, sollte diese Chance unbedingt genutzt werden.

Initiative: **Johann Altmann (FW)**, *weitere Fraktionsmitglieder:* Dr. Otto Bertermann (FW), Richard Progl (BP), Tobias Ruff (ÖDP), Ursula Sabathil (FW)

Fraktion Bürgerliche Mitte – FREIE WÄHLER / ÖDP / BAYERNPARTEI
Rathaus, Marienplatz 8 ● Geschäftsstelle: Zimmer 116 ● 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 207 98 ● Fax: 089 / 233 – 207 70 ● E-Mail: fraktion-buergerliche-mitte@muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
25.02.2014

Wofür braucht die „Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ so viel Geld?

Laut Beschluß des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 20.11.2013 über die „Bedarfsgerechte Ausstattung der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (KGL)“ werden vom Haushaltsjahr 2014 an zusätzliche (!) Personalkosten der KGL in Höhe von 94.107,- Euro sowie zusätzliche Sachmittelkosten in Höhe von 12.000,- Euro für die Arbeit der Stelle aufgewendet. Außerdem fallen einmalige Ausstattungskosten in Höhe von 35.000,- Euro an. Begründet werden die zusätzlichen Ausgaben laut Beschlußvorlage mit den „mittlerweile wesentlich veränderten Aufgaben- und Verantwortungsbereichen“ der Koordinierungsstelle. Seit der Gründung der KGL im Jahr 2001, heißt es in der Beschlußvorlage, wird von dieser u.a. der Schutz vor Diskriminierung „von Lesben und Schwulen, später hinzugekommen auch von Transgendern“, als Aufgabe wahrgenommen. Bei der Koordinierungsstelle handle es sich um eine „zentrale Schnittstelle zwischen Stadtpolitik, Stadtverwaltung, LGBT-Community und Stadtgesellschaft“ (Erläuterung: LGBT = Lesbian, Gay, Bisexuel, Transgender; KR). – Es stellen sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie viele homosexuelle Menschen leben nach Einschätzung der LHM derzeit in München?

2. Wie viele bisexuelle Menschen leben nach Einschätzung der LHM derzeit in München?

3. Wie viele „Transgender“ leben nach Einschätzung der LHM derzeit in München?

Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 25. Februar 2014

Terminhinweis
Pressemitteilung SWM

Grünwald und SWM setzen Kooperation fort
Erdgas-Konzessionsvertrag für weitere 20 Jahre unterzeichnet
Pressemitteilung SWM

Fasching mit der MVG:
- U-Bahn und MVG-Nachtlinien verstärkt im Einsatz
- Bus-Umleitungen in mehreren Stadtteilen
Pressemitteilung MVG

Baumfällungen an der Melusinenstraße am 21.02.2014
Pressemitteilung GEWOFAG

Premiere von „Unterwegs in Smaland“
Pressemitteilung Schauburg – Theater der Jugend

Darmkrebs verhindern:
Neues zu Prophylaxe, Vorsorge und Therapie
Pressemitteilung Städtisches Klinikum München

(Wiederholung)

Achtung Redaktionen: Terminhinweis!

Mittwoch, 26. Februar, 10.30 Uhr, Gaszählerwerkstatt, Agnes-Pockels-Bogen 6

(Zugang über SWM Zentrale, Emmy-Noether-Str. 2)

Jubiläum für ein bundesweit vorbildliches Projekt: Seit 5 Jahren unterstützen und beraten die Münchner Wohlfahrtsverbände und die SWM erfolgreich Haushalte mit geringen Einkommen beim Energiesparen. Zu Gunsten der Umwelt und zu Gunsten der jeweiligen Haushaltskasse. Möglich ist dieser Erfolg nur aufgrund des großen Engagements der ehrenamtlichen Energieberater/-innen. Diesen Einsatz würdigen die SWM und die Wohlfahrtsverbände im Rahmen einer kleinen Feierstunde.

Es sprechen Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft und Betreuungsreferent der SWM, für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände München Johannes Mathes, stv. Geschäftsführer der Caritas-Zentren München Stadt/Land, und Erna-Maria Trixl, SWM Geschäftsführerin Vertrieb.

(Anfahrt: U1 „Westfriedhof“, Tram 20/21 „Borstei“)

Herausgeber: Stadtwerke München GmbH • Emmy-Noether-Straße 2 • 80992 München • www.swm.de
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Bettina Hess
Telefon: 0 89/23 61-50 42 • Telefax: 0 89/23 61-51 49 • E-Mail: presse@swm.de

(teilweise voraus)

Grünwald und SWM setzen Kooperation fort

Erdgas-Konzessionsvertrag für weitere 20 Jahre unterzeichnet

(25.2.2014) Die Stadtwerke München sind auch zukünftig für den Betrieb des Erdgasnetzes in Grünwald verantwortlich. Der entsprechende Erdgas-Konzessionsvertrag wurde gestern zwischen der Gemeinde Grünwald und der SWM Infrastruktur Region GmbH (SWM IN Region) abgeschlossen. Die SWM IN Region ist die regionale Erdgas-Netzgesellschaft der Stadtwerke München, die in 36 Kommunen der Region um München den Erdgasnetzbetrieb durchführt. Die Räte der Gemeinde Grünwald hatten entschieden, den Erdgas-Konzessionsvertrag an den regionalen Energiedienstleister zu vergeben und damit die jahrelang bewährte Zusammenarbeit mit den Stadtwerken München im Erdgasbereich fortzusetzen. Vorausgegangen war eine bundesweite Ausschreibung, in der die SWM IN Region das beste Angebot abgegeben hatten. Der neue Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren und tritt rückwirkend zum 1. Januar 2014 in Kraft. Er gewährleistet den Bürgerinnen und Bürger sowie den Industrie- und Gewerbebetriebe in Grünwald einen weiterhin sicheren, kundenorientierten, effizienten und umweltverträglichen Betrieb des Versorgungsnetzes. Weiterhin regelt der Vertrag die Nutzung öffentlicher Grundstücke und Wege zur Errichtung und Instandhaltung des Netzes. Für das Recht dieser Nutzung erhält die Gemeinde Grünwald von dem regional verwurzelten Netzbetreiber eine Konzessionsabgabe.

Der Konzessionsvertrag ist unterzeichnet: Die SWM Infrastruktur Region GmbH ist auch weiterhin für den Betrieb des Erdgasnetzes in Grünwald verantwortlich. Mi. Bürgermeister Jan Neusiedl, li. Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer SWM Infrastruktur Region GmbH, re. Dr Jürgen Gay, Kaufmännischer Geschäftsführer SWM Infrastruktur Region GmbH.

Bürgermeister Jan Neusiedl: „Auf Grund der räumlichen Nähe erfolgt die Erdgasversorgung in Grünwald schon seit jeher durch die Stadtwerke München. Wir blicken schon jetzt auf eine gute Zusammenarbeit mit positiven Erfahrungen und eine kompetente Betreuung durch die Stadtwerke München zurück. Es ist erfreulich, dass daran festgehalten werden kann. Mit dem Abschluss dieses neuen Vertrags besteht für die Grünwalder Bürgerschaft nun für weitere 20 Jahre auch die Möglichkeit, diese Energieform zu nutzen. Dieser Vertragsabschluss trägt hierzu wesentlich bei."

Helge-Uve Braun, technischer Geschäftsführer der SWM IN Region: „Wir freuen uns sehr, dass wir die jahrelange gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde Grünwald fortsetzen können und bedanken uns bei den Bürgermeistern und Räten in Grünwald für das Vertrauen, das uns entgegengebracht wird. Für uns ist die Unterzeichnung dieses Konzessionsvertrages ein wichtiges Signal, dass wir als regional tätiger Netzbetreiber auf lange Sicht in der Region München präsent sind und dieser Region weitere wichtige Impulse geben werden. Die SWM sind ein 100prozentiges kommunales Infrastruktur- und Dienstleistungsunternehmen und stehen den Städten und Gemeinden der Region seit Jahrzehnten als verlässlicher Partner bei einer breiten Palette von Themen zur Seite, angefangen von der Versorgung mit Strom und Erdgas, über den Betrieb der Versorgungsnetze bis hin zum gemeinsamen Engagement im Bereich der Erneuerbaren Energien."

Achtung Redaktionen: Fotos von der Vertragsunterzeichnung können im Internet unter www.swm.de/presse heruntergeladen werden.

Pressekontakt

Stadtwerke München
Pressestelle

Bettina Hess
Tel. 089/2361-5042
presse@swm.de

Gemeinde Grünwald

Wolfgang Rotzsche
Tel. 089/64162-167
wolfgang.rotzsche@gemeinde-gruenwald.de

25.02.2014

Herausgeber
Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
T +49 (0)89/23 61-50 42
@ presse@swm.de
I www.swm.de

Redaktion
Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
T +49 (0)89/23 61-60 42
@ korte.matthias@swm.de
I www.mvg-mobil.de

Fasching mit der MVG:

- U-Bahn und MVG-Nachtlinien verstärkt im Einsatz
- Bus-Umleitungen in mehreren Stadtteilen

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) legt zum Faschingsendspurt ab Freitag, 28. Februar, Sonderschichten ein: In den vier „Faschingsnächten“ sind die MVG-Nachtlinien durchgehend im 30-Minuten-Takt unterwegs. Außerdem bleibt die U-Bahn nachts in Betrieb. Das närrische Treiben führt allerdings auch zu Einschränkungen im Busverkehr. Betroffen sind zeitweise die Linien 50, 52, 62, 132, 164, 184, 187 und 188.

Freitag, 28. Februar bis Faschingsdienstag

U-Bahn rund um die Uhr – MVG-Nachtlinien öfter

In den vier „Faschingsnächten“ (Freitag, 28. Februar, auf Samstag, 1. März, bis Rosenmontag auf Faschingsdienstag) werden zwischen 2 und 4 Uhr auf allen U-Bahnlinien zusätzliche Fahrten angeboten; Abfahrtszeiten finden Kunden unter anderem in den Sonderfahrplänen in den U-Bahnhöfen oder mit Hilfe der elektronischen Fahrplanauskunft unter www.mvg.de. Die MVG-Nachtlinien fahren ebenfalls öfter: NachtBus und NachtTram kommen in allen vier Nächten bis in die frühen Morgenstunden alle halbe Stunde, fahren also generell nach Wochenend-Fahrplan (N80/N81 stündlich). Ab der Nacht von Faschingsdienstag auf Aschermittwoch gilt auf allen MVG-Linien wieder der reguläre Fahrplan.

Faschingssonntag, 2. März

Bushaltestelle Marienplatz entfällt zeitweise

Wegen des Faschingstreibens am Marienplatz und Viktualienmarkt können der MetroBus 52 und der StadtBus 132 den Marienplatz von ca. 10 bis 20

Uhr nicht anfahren. Beim StadtBus 132 entfallen in dieser Zeit außerdem die Haltestellen Rindermarkt und Tal (Fahrtrichtung Forstenrieder Park). Der MetroBus 52 fährt eine Umleitung über die Haltestellen Sendlinger Tor und St.-Jakobs-Platz; er wendet im Rosental an der provisorischen Endhaltestelle Viktualienmarkt. Der StadtBus 132 wird ab Viktualienmarkt über Prälat-Zistl- und Blumenstraße zum Isartor umgeleitet.

Einschränkungen im Münchner Osten
In Johanneskirchen und Oberföhring findet am Sonntag ein Faschingsumzug statt. Deswegen müssen die MetroBus-Linie 50 sowie der StadtBus 184 von ca. 13 bis 15 Uhr zeitweise verkürzt werden. Der MetroBus 50 wendet bereits an der Haltestelle Unterföhring Feringastraße Ost, der StadtBus 184 an der Haltestelle Johanneskirchen Bf., der StadtBus 187 an der Haltestelle Rümelinstraße. Der StadtBus 188 wird in dieser Zeit via Effnerstraße umgeleitet. Die Haltestellen Bürgerpark Oberföhring bis St. Emmeram sowie Lohengrinstraße Richtung Daglfing Bf. können daher nicht bedient werden.

Rosenmontag, 3. März

Bushaltestelle Marienplatz entfällt zeitweise
Wie bereits am Faschingssonntag können der MetroBus 52 und der StadtBus 132 den Marienplatz bzw. die Haltestellen Rindermarkt und Tal (Fahrtrichtung Forstenrieder Park) von ca. 10 bis 20 Uhr nicht bedienen.

Faschingsdienstag, 4. März

Umleitungen in der Innenstadt
Das Faschingstreiben in der Innenstadt führt von ca. 6.30 bis 23 Uhr zu folgenden Einschränkungen im Busverkehr: Der MetroBus 52 wird ab der Haltestelle Blumenstraße zum Sendlinger Tor umgeleitet. Die Haltestellen Viktualienmarkt und Marienplatz können daher nicht bedient werden. Der StadtBus 132 endet vorzeitig am Isartor. Die Haltestellen Tal, Viktualienmarkt, Rindermarkt und Marienplatz entfallen. Der MetroBus 62 fährt ab Blumenstraße über den Altstadtring zum Sendlinger Tor und lässt die Haltestellen Viktualienmarkt und St.-Jakobs-Platz aus.

Umleitung in Allach

In Allach findet ebenfalls ein Faschingsumzug statt. Aus diesem Grund wird der StadtBus 164 zwischen Ludwigsfelder Straße und Allach Bahnhof (Oertelplatz) von ca. 14 bis 16 Uhr umgeleitet. Die Haltestellen Franz-Nißl-Straße, Höcherstraße und St.-Johann-Straße können in dieser Zeit nicht bedient werden.

Die MVG bittet ihre Fahrgäste, sich rechtzeitig auf die Einschränkungen einzustellen. Sie informiert ihre Kunden unter anderem mit Aushängen an den Haltestellen über Umleitungen und Ausfälle. Informationen gibt es auch im Internet unter www.mvg.de.

Stellungnahme

Baumfällungen an der Melusinenstraße am 21.02.2014

München, 24.02.2014. Am vergangenen Freitag, 21.2.2014, wurden im Innenhof an der Melusinen-/Ecke Anzinger-/Baldhamerstraße im Rahmen einer Kanalsanierung drei Bäume gefällt. Die GEWOFAG hatte damit ein Landschaftsarchitekturbüro beauftragt, das eine weitere Firma mit der Fällung beauftragt hat.

Für alle drei Bäume liegen der GEWOFAG Fällgenehmigungen vor.

Laut Anwohnerberichten ist die beauftragte Firma dabei unangemessen vorgegangen: Die Anwohner seien im Vorfeld nicht informiert worden, es habe keine Absperrung gegeben, damit habe Gefahr für die Anwohner bestanden, und Eichhörnchen wurden von der Firma mutwillig getötet.

Die GEWOFAG prüft momentan die Vorgänge bei der beauftragten Firma und wird entsprechende Konsequenzen bis hin zur Beendigung der Zusammenarbeit mit dieser Firma ziehen.

Normalerweise informiert die GEWOFAG die Anwohner vor Baumfällungen. Warum dies hier nicht der Fall war, wird momentan geprüft.

Selbstverständlich hält sich die GEWOFAG an die Naturschutzgesetze, die vorsehen, dass Bäume aufgrund der nahenden Brutzeit nur bis Ende Februar gefällt werden dürfen. Aufgrund des milden Winters haben die Tiere scheinbar bereits angefangen ihre Kobel zu bauen.

Darüber hinaus ist der Tierschutz ein Anliegen der GEWOFAG. Bei Modernisierungsmaßnahmen in Neuhausen haben wir Brutlöcher für Mauersegler in die Fassade eingebaut. Und bei der Modernisierung in Sendling haben wir mit unseren Gärtnern

aus vorhandenen Wurzelstöcken, Baum- und Strauchrückschnitt an verschiedenen Orten Unterschlupfmöglichkeiten für Kleintiere geschaffen.

Wir bedauern sehr, dass eine von der GEWOFAG beauftragte Firma sich so verhalten hat. Wir entschuldigen uns bei unseren Mietern und allen Anwohnern für die Vorgehensweise der Firma und dafür, dass Tiere zu Schaden kamen.

Die GEWOFAG wird 1.000 Euro an den Verein Eichhörnchen Schutz e.V. spenden, der zwei der Eichhörnchen aufgenommen hat.

GEWOFAG

Die GEWOFAG ist mit rund 35.000 Wohnungen Münchens größte Vermieterin. Sie stellt seit 85 Jahren den Münchner Bürgerinnen und Bürgern Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung und bietet damit Alternativen im angespannten Münchner Wohnungsmarkt. Neben Neubau und Vermietung ist die Sanierung und Instandsetzung des Wohnungsbestands die wichtigste Aufgabe der GEWOFAG. Der GEWOFAG-Konzern mit dem Tochterunternehmen Heimag München GmbH beschäftigt in München rund 790 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Pressekontakt

Sabine Sommer
Konzernsprecherin
GEWOFAG Holding GmbH
Kirchseeoner Straße 3
81669 München
Tel.: 089 4123-372
E-Mail: sabine.sommer@gewofag.de
www.gewofag.de

Kassenöffnungszeit: Di–Fr 14:00–18:00 / Sa 12:00–18:00 Uhr
Telefonischer Vorverkauf: 089 / 233-371-55
(Mo–Fr 9:30–18:00 / Sa 12:00–18:00 Uhr)
e-mail: theater@schauburg.net · **www.**schauburg.net
Postbank: Konto-Nr. 24510800 · BLZ 700 100 80
BIC: PBNKDEFF · **IBAN:** DE61 7001 0080 0024 5108 00

SCHAUBURG
Theater der Jugend
Franz-Joseph-Str. 47, 80801 München

24/02/2014

Presseinformation

Marie Ruback
KBB und Öffentlichkeitsarbeit
089-233 371 61
marie.ruback@muenchen.de
theater@schauburg.net

*****Premiere***Premiere***Premiere***Premiere***Premiere***Premiere*****

UNTERWEGS IN SMÅLAND

nach Geschichten von Astrid Lindgren

Für alle ab 4 Jahren!

Samstag, 1. März 2014, um 16:00 Uhr

Småland im Südosten Schwedens kennen die meisten, ohne jemals dagewesen zu sein: Es ist die Heimat der weltbekannten Kinderbuchautorin Astrid Lindgren – und die Heimat ihrer zahllosen Kinderhelden. Zwischen Nadelwäldern, bunten Holzhäuschen und blauen Seen lässt sie in ihren Geschichten liebevoll eine Kindheit aufleuchten, die ihre Leser ein Leben lang begleitet.

UNTERWEGS IN SMÅLAND begibt sich auf eine theatrale Reise, um drei Kinder aus dieser Welt kennenzulernen. Da ist Sammelaugust, der eigentlich Samuel August heißt, sich sehnlichst zwei kleine weiße Kaninchen wünscht und unverhofft zu unerhörtem Reichtum gelangt. Da ist Lotta, die es nicht immer leicht findet in der Welt der Erwachsenen und beschlossen hat, auszuziehen. Und da ist Kalle, ohne den wer weiß was hätte passieren können, denn niemand sonst schafft es, den tobenden Stier Adam Engelbrecht zu beruhigen. Mit ihren ganz ureigenen Ideen nehmen die Drei ihr Leben und ihre Wünsche selbst in die Hand und bezaubern uns mit ihren alltäglichen Abenteuern.

Termine im März:

1.3. 16:00 Premiere | 6.+7.3. 15:00 | 8.+22.+29.3. 16:00

Mehr Informationen unter www.schauburg.net, Karten: 089/233 371-55 oder theater@schauburg.net

> Städtisches Klinikum München

Presseinformation

Darmkrebs verhindern:
Neues zu Prophylaxe, Vorsorge und Therapie

Patientenveranstaltung
am Samstag, 1. März 2014, von 10.00 bis 12.00 Uhr
im Klinikum Bogenhausen, Hörsaal im Erdgeschoss

München, 24. Februar 2014. Internisten und Chirurgen des Abdominalzentrums am Klinikum Bogenhausen informieren am Samstag, 1. März, von 10 bis 12 Uhr, unter der Leitung von Professor Wolfgang Schepp, Chefarzt der Klinik für Gastroenterologie, Hepatologie und Gastroenterologische Onkologie, über Darmkrebsvorsorge und Möglichkeiten, der Erkrankung vorzubeugen – etwa durch Ernährung und Sport. Zudem stellen sie die sanfte Koloskopie als Früherkennungsmaßnahme vor und erklären, wie sich die Heilungschancen dank moderner Chirurgie verbessert haben. Darüber hinaus zeigen sie, welche Formen der Medikamenten- und Strahlentherapie helfen, einen Rückfall zu verhindern. Für die Teilnehmer steht ausreichend Zeit zur Verfügung, um persönliche Fragen zu stellen.

Die Veranstaltung findet im Hörsaal (Erdgeschoss) des Klinikums Bogenhausen an der Englschalkinger Straße 77 statt. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Jährlich erkranken etwa 2 400 Münchner an Darmkrebs. Trotz aller Fortschritte in der operativen und medikamentösen Therapie kommt für circa 1 000 von ihnen die Diagnose so spät, dass eine Heilung nicht mehr möglich ist. Dennoch nutzen nur vier bis sieben Prozent der Bürger die kostenlose Früherkennung. Dabei ist diese für kein anderes Karzinom so erfolgreich wie beim Darmkrebs. Seine Vorstufen können nicht nur erkannt, sondern auch ohne Operation endoskopisch entfernt werden. Selbst wenn bei einer Vorsorgeuntersuchung bereits Darmkrebs diagnostiziert wird, können über 90 Prozent der Patienten geheilt werden, wenn die Erkrankung in Frühstadien gefunden wird.

Klinikkontakt:
Klinik für Gastroenterologie, Hepatologie und Gastroenterologische Onkologie
Telefon: (089) 9270-2061, Telefax: (089) 9270-2486
E-Mail: gastroenterologie.kb@klinikum-muenchen.de

Das **Klinikum Bogenhausen** ist – neben den Klinika Harlaching, Neuperlach, Schwabing und der dermatologischen Fachklinik in der Thalkirchner Straße – einer von fünf Standorten des Städtischen Klinikums München. Der Klinikverbund versorgt jährlich rund 160 000 Menschen, davon etwa 90 Prozent vollstationär, und verfügt über mehr als 3 600 Betten sowie teilstationäre Behandlungsplätze. Gut 80 Prozent der etwa 8 000 Beschäftigten aus über 80 Ländern sind im ärztlichen oder pflegerischen Bereich tätig.

Geschäftsführung
Marketing & Kommunikation

Leitung: Matthias Winter

Marten Scheibel
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (089) 5147-6812
Fax (089) 5147-6813

Marten.Scheibel
@klinikum-muenchen.de

www.klinikum-muenchen.de
presse.klinikum-muenchen.de

Folgen Sie uns auf:
www.twitter.com/StKM_News
www.youtube.com/KlinikumMuenchen

Städtisches Klinikum München GmbH
Thalkirchner Straße 48
80337 München

Geschäftsführung:
Freddy Bergmann
Prof. Dr. med. Hans-Jürgen Hennes

Aufsichtsrat: Oberbürgermeister
Christian Ude (Vorsitzender)

Handelsregister: München HRB 154 102
USt-IDNr.: DE814184919

städtisches
> Klinikum
München